

Vom Binnen-I zur Mann

Das maskuline Geschlecht wird durch die deutsche Sprache gewohnheitsmäßig verwöhnt. Dem muss nicht so sein, meinen Linguistinnen.

Gabriele Müller

Freie Journalistin

Eine davon ist Horst Simon, Professor für historische Sprachwissenschaft an der freien Universität Berlin. Vor seinen Studierenden bezeichnet er sich gerne als Linguistin. Eine allgemeine Bezeichnung, die im Vorjahr für Aufsehen sorgte. Hatte doch die Universität Leipzig (ebenso wie die Uni Potsdam zuvor) im Sommer 2013 das „generische Femininum“ in ihrer Verfassung verankert. In allen offiziellen Schreiben der beiden Bildungseinrichtungen wird nunmehr ausschließlich die weibliche Form verwendet, um Personen zu benennen. Frauen seien an dieser Einrichtung schließlich in der Mehrheit, lautete die Begründung. Doch dürften sich Männer durchaus mitgemeint fühlen. „Irrsinn an der Universität“, betitelte Bild-Online den ketzerischen Schritt.

Das amüsierte ihn, kommentierte Horst Simon. Beim feministischen Sprachgebrauch zeigten vor allem Männer immer wieder Furcht, ihre Pfründe zu verlieren. „Wenn man nicht glaubt, dass Männer die Normalos unter den Menschen sind und Frauen nur Sonderfälle, muss man dies auch sprachlich sichtbar machen.“ Schließlich zeigen Studien, vor allem bei Kindern, dass nicht alle sich angesprochen fühlen, wenn etwa von „fünf Professoren“ die Rede ist.

Sprachliche Burka

Sprache bildet die Wirklichkeit nicht nur ab, sie konstruiert sie auch mit, das ist mittlerweile nicht nur in der Sprachwis-

senschaft bekannt. Im Deutschen vermag es das „generische Maskulinum“ (d. h. ein grammatikalisch männliches Substantiv bezeichnet beide Geschlechter) Frauen sprachlich zum Verschwinden zu bringen. „Es macht jede Frau besser als jede Burka unsichtbar, nämlich scharenweise“, schrieb die Sprachwissenschaftlerin **Luise F. Pusch** in ihrem Pionierwerk (1984) „Das Deutsch als Männersprache: Aufsätze und Glossen zur feministischen Linguistik“.

Seit dem von Pusch zum Klassiker gemachten Satz „Die Menstruation ist bei jedem anders“ weist die Emanzipation der deutschen Sprache durchaus Erfolge auf. In Österreich sind geschlechtsspezifische Stellenausschreibungen seit 1985 verboten, 1990 wurde die sprachliche Gleichbehandlung im Bundesrecht verabschiedet, seit 2001 wird geschlechtergerechter Sprachgebrauch in der gesamten Bundesverwaltung angeordnet. Der ÖGB harte im Jahr 2004 beschlossen, Gender Mainstreaming auch sprachlich umzusetzen. „Die deutsche Sprache bietet genug Möglichkeiten, um auszudrücken, dass es zwei Geschlechter gibt“, heißt es dazu etwa in der Broschüre „Ich Tarzan – Du Jane: Anleitung zur gendergerechten Mediengestaltung“.

Binnen-I

In der feministischen Linguistik ist das Binnen-I eine der am weitest verbreiteten Methoden zur Demokratisierung der deutschen Sprache. 1984 eingeführt von der Zürcher Wochenzeitung WoZ, fand es über die deutsche Tageszeitung taz Ein-

BUCHTIPP

Luise F. Pusch:
Gerecht und Geschlecht
Neue sprachkritische
Glossen
2014, 140 Seiten, € 10,20
ISBN: 978-3-8353-1428-3



Bestellung:
ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

gang in die offiziellen Leitfäden zu geschlechtergerechter Sprache.

Nach neutralen Umschreibungen als zweitbeste aller Lösungen bezeichnete die deutsche Journalistin Ute Scheub die Binnen-Majuskel bereits 1983 in einem Vortrag über den Marsch des „I“ durch (alternative) Medien und Institutionen. Mittlerweile wird es aber auch von Frauen kaum noch in der taz verwendet. „Entweder, um nicht als ‚Feministin‘ zu gelten“, meint Scheub. „Oder, falls es sich um eine Feministin handelt, um nicht als ‚alrbacken‘ zu erscheinen.“

Seit den „linguistischen Empfehlungen zur sprachlichen Gleichbehandlung von Mann und Frau im öffentlichen Raum“, 1988 vom damaligen Arbeitsministerium in Österreich herausgegeben, wurde gendergerechte Sprache stets weiterentwickelt. Die Generalklausel „personenbezogene Ausdrücke erfassen Frauen und Männer gleichermaßen“ sind (eigentlich) von gestern. Grauenhafte Ableitungen und Aufzählungen oder die „Holzfällerme-



Es geht dabei nicht nur darum, dass in diesen Institutionen in Entscheidungspositionen fast ausschließlich Männern zu finden sind, sondern auch darum, dass in den Institutionen, Strukturen und Verfahren selbst traditionelle Männlichkeitsbilder und Wertvorstellungen vertreten werden.

zehnte langsam, aber stetig zugenommen hat, hat sich die tatsächliche Entscheidungsmacht auf ausgewählte EU-Institutionen und andere internationale Institutionen, wie den Internationalen Währungsfonds, multinationale Unternehmen sowie Finanzinstitutionen und -märkte, verschoben, wo männliche Normen dominieren.

Es geht dabei nicht nur darum, dass in diesen Institutionen in Entscheidungspositionen fast ausschließlich Männer zu finden sind, sondern auch darum, dass in den Institutionen, Strukturen und Verfahren selbst traditionelle Männlichkeitsbilder und Wertvorstellungen vertreten werden.

Es geht um politisches Umsteuern

Aber es ist nicht nur die demokratische Einbindung, sondern auch das politische Umsteuern zugunsten geschlechtergerechter Verteilung öffentlicher Mittel ein Kernanliegen von Gender Budgeting.

Ziel von Gender Budgeting ist zu untersuchen, inwieweit öffentliche Haushalte Geschlechtergerechtigkeit fördern oder verhindern können oder sie unverändert lassen. Dabei geht Gender Budgeting weiter als übliche Analysen, weil es in seiner Betrachtung

tungsweise auch die Auswirkung auf die unbezahlte Arbeit miteinbezieht. Der Fokus auf unbezahlte Arbeit ist der Schlüsselaspekt, der Gender-Budget-Initiativen von anderen Budget-Initiativen unterscheidet oder unterscheiden sollte. Die Auswirkung eines Budgets auf die soziale Gleichstellung von Frauen und Männern zeigt sich in seinem Effekt auf das Maß an unbezahlter Arbeit, die erbracht werden muss.

Frauen sind in der Regel stärker von den Zweitrundeneffekten von Krisen betroffen. Analysen der Austeritätspolitik in den jeweiligen Staaten zeigen, dass Ausgabenkürzungen insbesondere bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialleistungen gemacht werden, die im großen Maße Frauen treffen, beispielsweise Leistungen für AlleinerzieherInnen, Leistungen für Kinder und andere Sozialleistungen¹. Derartige Kürzungen machen es auch schwieriger für Frauen, Betreuungspflichten mit bezahlter Arbeit zu vereinbaren.

Sparpakete werden in Zeiten angespannter wirtschaftlicher und sozialer Situationen geschnürt und es entstehen dabei soziale Kosten, die nirgends dokumentiert werden.

So sind die Auswirkungen der Krise, der Konjunkturprogramme und der Konsolidierungs- und Sparpolitiken nur dann wirklich erfasst, wenn untersucht wurde, wie sich die unbezahlt geleistete Arbeit damit geändert hat. Deren Wert variiert je nach Schätzung, nach Berechnung und Wohlfahrtsstaatsmodell.

Für die Schweiz hat Mascha Madörin² ein Plus von 70 Prozent des BIP errechnet. In einem erweiterten BIP wäre ihren Berechnungen nach das Verhältnis von unbezahlt zu bezahltem Sektor 41 Prozent zu 59 Prozent. Die Hausarbeit hätte den höchsten Wertschöpfungsanteil von 29 Prozent des BIP, der Industrie- und Gewerbeproduktion kämen hingegen nur elf Prozent zu.

„Airbag“-Funktion

Frauen übernehmen mit ihrer unbezahlten Arbeit auch eine „Airbag“-Funktion in der Gesellschaft, sie versuchen die Anpassungslasten von Krisenpolitiken abzufedern und zu kompensieren. Diese stabilisierende Rolle wird in der Krisenpolitik und bei den Krisenmaßnahmen nie berücksichtigt. Die Wirtschaftspolitik bleibt damit weiterhin auf einem Auge blind.

Internet:

Intraministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming/Budgeting:
tinyurl.com/qbfachy

AK Wien Gender Budgeting:
tinyurl.com/pncf566

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorinnen
christa.schlager@akwien.at
katharina.mader@wu.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ European Parliament, Gender aspects of the effects of the economic downturn and financial crisis on welfare systems (2013), tinyurl.com/bwqbfnd.

² Madörin, Mascha (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie, eine Forschungsskizze, in Denknetz Jahrbuch 2007, 141–162.